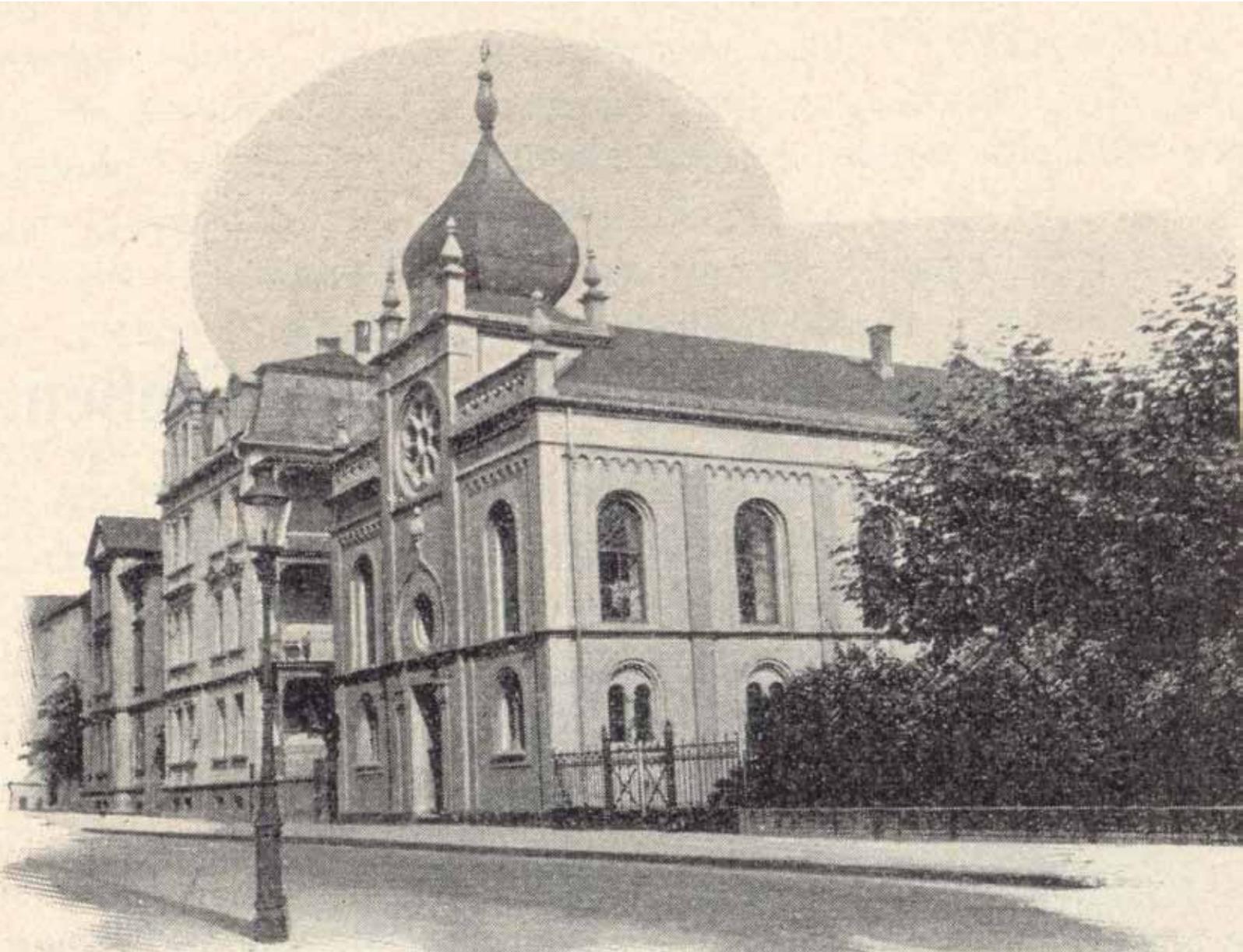


Von der Judenemanzipation zum Antisemitismus

Die Situation der Juden in Hessen im 19. Jahrhundert

Von Helmut Berding



Die Geschichte der Juden und der Judenfeindschaft hat in Deutschland eine lange Tradition, die sich bis in die Antike zurückverfolgen lässt. Mit der Entstehung des Christentums und des jüdisch-christlichen Religionsgegensatzes bildete sich der christliche Antijudaismus heraus und wurde zu einem festen Bestandteil der christlich-abendländischen Kultur. Die jüdische Minderheit lebte, wenn sie nicht verfolgt oder zumindest diskriminiert, gedemütigt und ausgebeutet wurde, jahrhundertlang meist in ärmlichen Verhältnissen am Rande der christlichen Gesellschaft, bis etwa um das Jahr 1800 ein neues Zeitalter anbrach. Die alte europäische Ordnung löste sich auf, und der Übergang zu neuen Formen des politischen und gesellschaftlichen Lebens veränderte auch die Lage der jüdischen Minderheit. Gleichzeitig entstand aber auch eine moderne Form des Antisemitismus, der in die Schrecken des Holocaust mündete.

■ Abb. 1: Die Synagoge der (orthodoxen) israelitischen Gemeinde in der Gießener Steinstraße, erbaut 1899 während der Amtszeit des oberhessischen Provinzialrabbiners Dr. Leo Hirschfeld (siehe Abb. 19).

Quelle: Stadtarchiv Gießen

Schon im frühen Mittelalter schürte der herrschende Antijudaismus den Hass gegen die jüdische Bevölkerung in Deutschland. Fortan sahen sich die Juden immer wieder schweren Verfolgungen ausgesetzt, etwa im Zusammenhang mit den Kreuzzügen. Sie wurden vom Kaiser, den Territorialfürsten und anderen Herrschaftsträgern fiskalisch ausgebeutet und Sondergesetzen unterstellt. Die Diskriminierungen setzten sich über das Zeitalter der Reformation hinaus auch in der Frühen Neuzeit fort. Hierfür bietet die Judenordnung **Landgraf Philipps des Großmütigen** von 1539 ein gutes Beispiel. Diese Judenordnung und die kaum noch überschaubare Fülle sonstiger Verbote und Vorschriften zwangen der jüdischen Minderheit eine Art „Paria-Existenz“ auf. Juden hatten, soweit sie überhaupt geduldet wurden, für den Aufenthalt hohe Sonderabgaben zu entrichten. Ihr Handel und Geschäftsverkehr unterlag strengen Reglementierungen. Die Ausübung eines zünftigen Handwerks blieb ihnen zumeist verschlossen.

So lebte die verachtete jüdische Minderheit zumeist in ärmlichen Verhältnissen am Rande der christlichen Gesellschaft, bis in den Jahrzehnten um 1800 ein neues Zeitalter anbrach. Der ständisch-korporative Staat verwandelte sich in den bürokratisch-konstitutionellen Staat, die adelige Privilegiengesellschaft in die bürgerliche Klassengesellschaft, die



■ Abb. 2: Die liberale Synagoge in der Südanlage in Gießen, eingeweiht 1867. Beide Gießener Synagogen wurden in der Pogromnacht am 9./10. November 1938 zerstört.

Quelle: Stadtarchiv Gießen

agrarisch-frühkapitalistische Welt in die industriell-kapitalistische Welt. Dieser Umwälzungsprozess, der schon unter der Herrschaft des Absolutismus begonnen hatte, setzte sich im Zeitalter der Französischen Revolution beschleunigt fort. Im Zuge der napoleonischen Machtexpansion brach das Heilige Römische Reich deutscher Nation zusammen, aus den ehemaligen Territorien des Alten Reiches wurden souveräne Staaten, die sich im Rheinbund zusammenschlossen wie das Herzogtum Nassau, das Großherzogtum Hessen, das Groß-

■ Abb. 3: Judenordnung, gegeben von Friedrich, König von Schweden und Landgraf zu Hessen-Kassel, am 12. August 1739. HStAM Bestand II A2, Judensachen.

Quelle: Digitales Archiv Marburg (DigAM),
URL des Dokuments bei DigAM
<http://www.digam.net/?dok=8515>

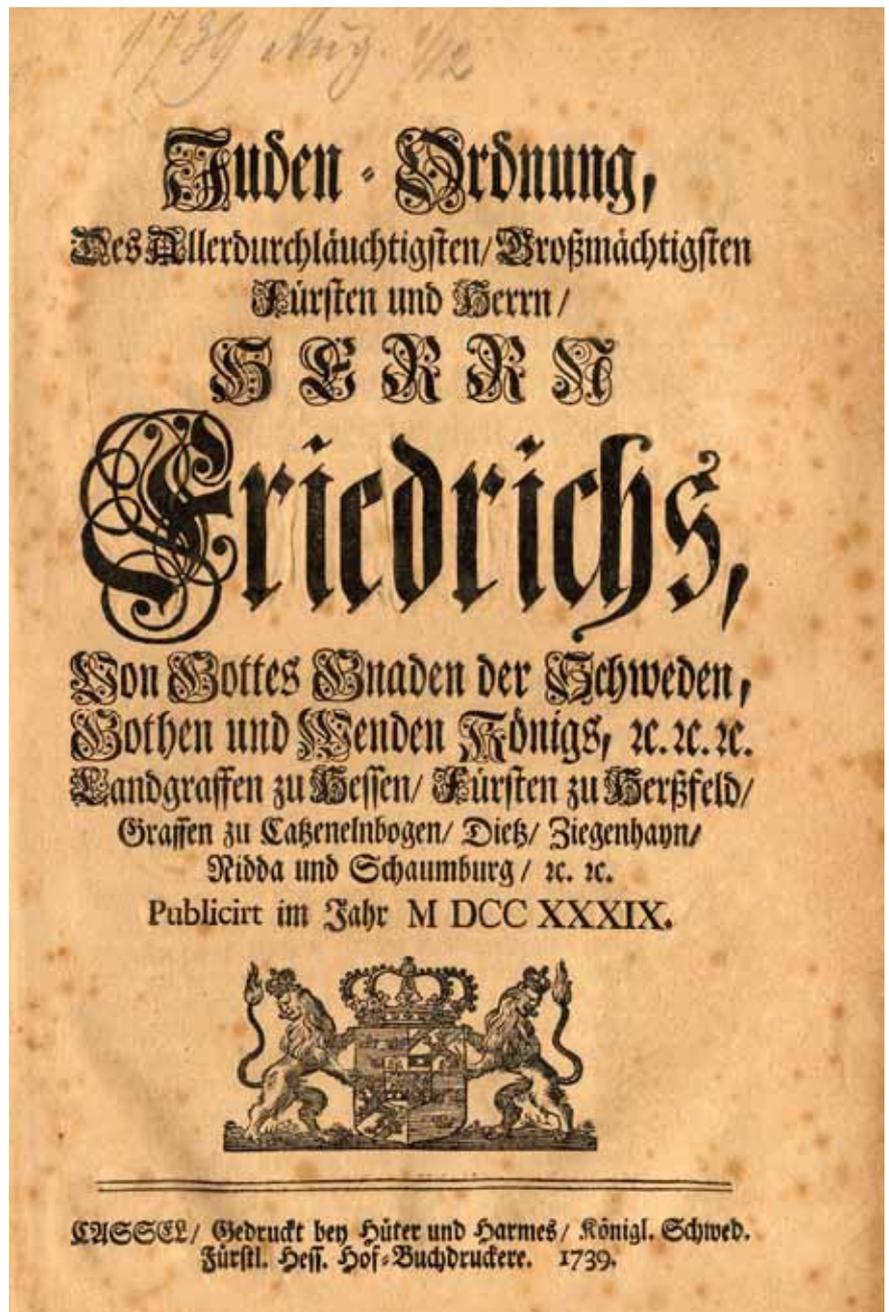
herzogtum Frankfurt (1810-1813) und das Kurfürstentum Hessen bzw. das Königreich Westfalen mit Kassel als Hauptstadt.

Mit der Auflösung der alteuropäischen Ordnung und dem Übergang zu neuen Formen des politischen und gesellschaftlichen Lebens veränderte sich die Lage der jüdischen Minderheit. Sie trat nach und nach aus ihrer jahrtausendalten sozialen Randexistenz heraus und integrierte sich in die entstehende bürgerliche Gesellschaft. Zu den wesentlichen Voraussetzungen dieses Wandels zählten die Aufhebung der diskriminierenden Judenordnungen und die rechtliche Gleichstellung der Juden.

Wie verlief dieser Prozess der Judenemanzipation? Welches waren die treibenden, welches die widerstrebenden Kräfte? Wie veränderte sich mit der Emanzipation und Integration der Juden die Einstellung ihnen gegenüber? blieb der überlieferte Antijudaismus mit seinen Klischees erhalten? Bildeten sich neue Feindbilder, neue Formen des Judenhasses, heraus? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt des folgenden Vortrags*, der sich in zwei Teile gliedert: 1. Judenemanzipation und Frühantisemitismus und 2. Moderner Antisemitismus zur Zeit des Kaiserreichs.

Judenemanzipation und Frühantisemitismus

Den Anstoß für die Judenemanzipation gaben die Gebildeten. Gemeint



sind die Angehörigen einer gesellschaftlichen Schicht, die im 18. Jahrhundert mehr und mehr Einfluss auf das gesamte öffentliche Leben gewann. Diese Gebildeten – Professoren, Schriftsteller, Ärzte, Advokaten und Staatsbeamte – gehörten keinem Stand an, weder dem Adel noch dem Klerus und auch nicht dem Stadtbürgertum. In dieser Schicht der ständisch ungebunden Gebildeten breiteten sich die Ideen der Aufklärung aus,

die Idee der Menschenrechte und der Rechtsgleichheit aller Menschen. Damit verbunden war die Forderung, eine nach diesen Prinzipien gestaltete und verfassungsmäßig garantierte Staats- und Gesellschaftsordnung aufzubauen, eine Ordnung, in der nicht länger Glaube und Herkunft für die Stellung eines Menschen in der Gesellschaft ausschlaggebend sein sollten, sondern Fähigkeit und Leistung.

Mit diesen Ideen setzten die Anhänger der Aufklärung die *Judenfrage* auf die Tagesordnung. Einer der ersten, der sie öffentlich zur Diskussion stellte, war der Schriftsteller und preußische Staatsbeamte **Christian Wilhelm Dohm**. 1781 erschien sein epochmachendes Werk *Über die bürgerliche Verbesserung der Juden*. **Dohm** erklärte dem überlieferten Judenbild eine Absage, entlarvte die klischeehaften Vorstellungen vom verstockten Judentum, vom Christustöter und Ritualmörder, vom Brunnenvergifter und Betrüger usw. als das, was sie waren: als Vorurteile, als *Gewohnheitsideen*, wie **Dohm** sich ausdrückte. Nicht die verderblichen und unveränderlichen Charaktereigenschaften der Juden, sondern die Unterdrückungen und Verfolgungen haben die Juden ins Abseits gestellt. Ihre Lage als verachtete Minderheit am Rande der christlichen Gesellschaft ist historisch und politisch bedingt: *Alles, was man den Juden vorwirft, ist durch die politische Verfassung, in der sie jetzt leben, bewirkt, und jede andere Menschengattung, in dieselben Umstände versetzt, würde sich sicher eben derselben Vergehungen schuldig machen*. Wenn man – so die Schlussfolgerung – die diskriminierenden Judenordnungen abschafft und die bedrückenden Vorurteile überwindet, werden die Juden aus ihrer Randexistenz heraustreten und sich in die Gesellschaft integrieren.

Dohms Schrift löste in der europäischen Aufklärungsgesellschaft eine lebhafte Diskussion aus. Seine Ideen fielen besonders im revolutionären Frankreich auf fruchtbaren Boden. Am 28. September 1791 erließ die Revolutionsregierung das Emanzipationsgesetz, das alle Sonderrech-

■ Abb. 5: Anzeige aus dem Gießener Anzeiger vom 15. Oktober 1859.

Quelle: Stadtarchiv Gießen



■ Abb. 4: Jüdische Familie in Altenstadt: das Ehepaar Hermann und Hannchen Goldschmidt mit seiner Tochter Hilda. Foto: um 1890

Quelle: Marc Halberstadt/www.vor-dem-holocaust

te und Sonderabgaben für null und nichtig erklärte und die jüdischen mit den übrigen Staatsbürgern rechtlich gleichstellte. Anders als in Frankreich kam der Emanzipationsprozess in Deutschland nur langsam voran. Das lag hauptsächlich in den hier herrschenden politischen Verhältnissen begründet.

Deutschland war nicht, wie Frankreich, ein Einheitsstaat, sondern ein politisch zerrissenes Land. Hier lag die Entscheidung über die rechtliche Stellung der Juden in den Händen von Territorialfürsten bzw. Landesregierungen. Daher gab es große Unterschiede in den Rechtsverhältnissen, verlief der Emanzipationsprozess uneinheitlich. Zu einem radikalen Bruch mit der Vergangenheit wie in Frank-

reich kam es nur in den Gebieten, die damals zu Frankreich gehörten: in den annektierten Gebieten links des Rheins und an der Nordseeküste. Außerdem setzte sich die Judenemanzipation in den napoleonischen Modellstaaten durch, insbesondere im Königreich Westfalen. Hinzu kam Preußen, wo das Edikt vom 11. März 1812 die Juden zu gleichberechtigten Untertanen erklärte, ihnen allerdings das Recht vorenthielt, Staatsämter zu bekleiden.

Im Übrigen hielten sich die Emanzipationsfortschritte zur Zeit des Rheinbundes in Grenzen. Bayern setzte nur einen Teil der diskriminierenden Rechtsbestimmungen außer Kraft. Es gab weiterhin Einschränkungen des Niederlassungsrechts und der Freizügigkeit. Baden gewährte den Juden die allgemeine bürgerliche Gleichberechtigung, nicht jedoch das Gemeindebürgerrecht. Im Großherzogtum Hessen wurde lediglich der Leibzoll aufgehoben, sonst blieben die diskriminierenden Bestimmungen in Kraft. Außer in den genannten Staaten und



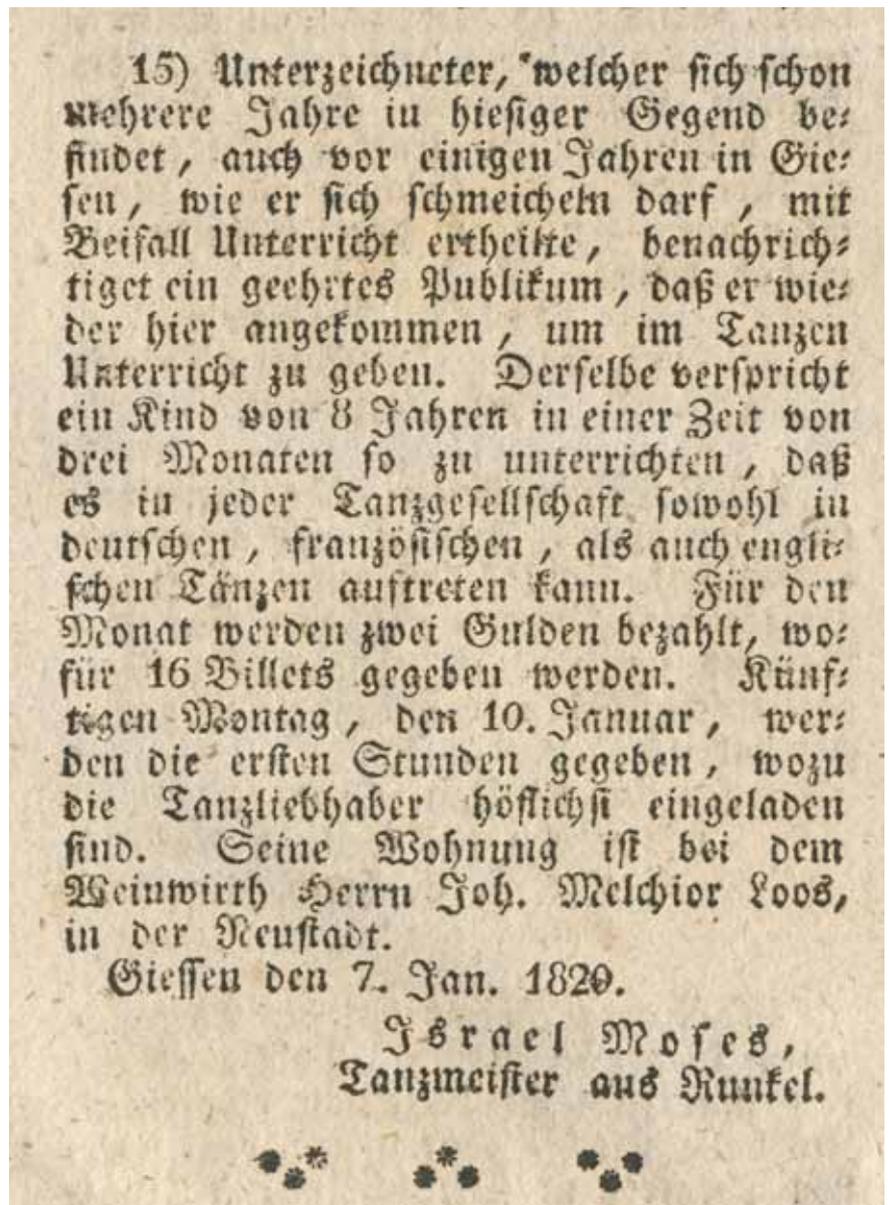
■ Abb. 6: Anzeige aus dem Gießener Anzeiger vom 15. Januar 1820.

Quelle: Stadtarchiv Gießen

einigen Zwergstaaten blieb alles beim Alten.

Als nach dem Sieg über Napoleon die Reformepoche endete, erfuhr der Emanzipationsprozess einen herben Rückschlag. So hob Kurhessen die im napoleonischen Königreich Westfalen erlassenen Emanzipationsgesetze wieder auf. Die Juden wurden erneut zu „Schutzjuden“ degradiert und weitgehend den alten Diskriminierungen und Sonderabgaben unterworfen. Ähnliches geschah in Frankfurt, wo die Juden Ende 1811 den christlichen Bürgern gleichgestellt worden waren, aber auf Beschluss der Frankfurter Bürgerschaft schon 1814 zum Status quo ante zurückkehren mussten. Auch in Preußen wirkte sich der Übergang von der Reformepoche zur Restaurationszeit ungünstig aus. Auf Beschluss der Regierung in Berlin galt das Edikt von 1812 nur im so genannten „Restpreußen“, nicht jedoch in den nach dem Sieg über Napoleon zurückgewonnen und neu erworbenen Gebieten westlich der Elbe wie Rheinland und Westfalen. Allgemein ist festzustellen, dass der Emanzipationsprozess in der Zeit der Restauration und des Vormärzes stagnierte oder sogar Rückschläge erlitt. Eine Ausnahme bildete Kurhessen, wo 1833 ein Emanzipationsgesetz erlassen wurde, das die jüdischen mit den übrigen Bürgern gleichstellte. Ansonsten herrschte Stillstand, bis mit der Revolution von 1848 wieder Bewegung ins Spiel kam und die Judenemanzipation in einer Reihe von Staaten zum Abschluss gelangte, so im Großherzogtum Hessen.

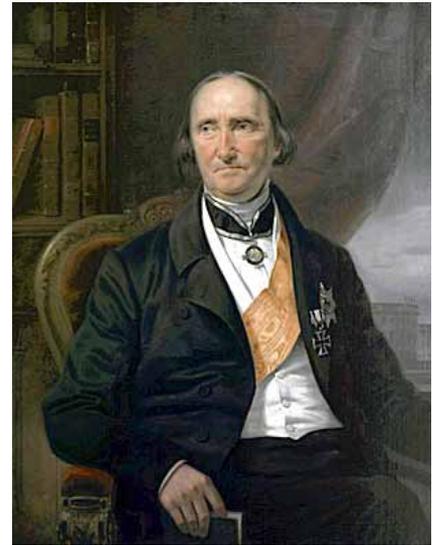
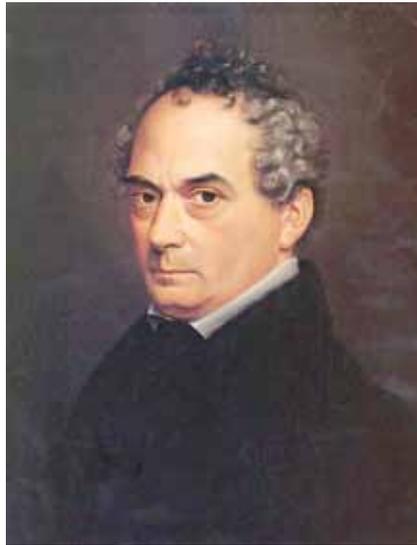
Aber nach dem Scheitern der Acht- undvierziger Revolution kam es erneut zu Rückschlägen, unter anderem in Kurhessen. Das Emanzipationsedikt



von 1833 wurde wieder außer Kraft gesetzt. Wie hier war auch andernorts die *Judenfrage* bis zuletzt umstritten. Dieser Zustand blieb erhalten, bis in der Reichsgründungszeit die letzten Hindernisse beseitigt werden konnten. Das Emanzipationsgesetz des Norddeutschen Bundes vom 3. Juli 1869 hob alle noch bestehenden rechtlichen Unterschiede zwischen Christen und Juden auf. Die Übernahme dieses Gesetzes im April 1871 als Reichsgesetz zog einen Schlussstrich unter die Emanzipationsepoche. Im Deutschen Kaiserreich waren die Juden mit allen

anderen Bürgern vorbehaltlos rechtlich gleichgestellt.

Ziehen wir eine kurze Zwischenbilanz: In Deutschland kam anders als in Frankreich der Emanzipationsprozess nur mühsam voran. Die von **Dohm** angestoßene Diskussion fand nur allmählich Niederschlag in der Gesetzgebung, zuerst in der rheinbündisch-preußischen Reformepoche. Aber in der Restaurationszeit gerieten die reformerischen, emanzipatorischen und liberalen Kräfte in die Defensive. Der Emanzipationsprozess stockte, erlitt sogar empfindliche Rückschläge, bis



■ Abb.7: Antijüdische Tendenzen herrschten auch in der Christlich-Deutschen Tischgesellschaft (1811), zu deren namhaften Mitgliedern die beiden Vertreter der so genannten Heidelberger Romantik (von links) Achim v. Arnim (1781-1831) und Clemens Brentano (1778-1842) sowie der Rechtsgelehrte Friedrich Carl v. Savigny (1779-1861) gehörten.

sich in der Reichsgründungszeit die politischen Kräfteverhältnisse wieder umkehrten. In der gesamten Emanzipationsepoche von rund 1780 bis 1870 schritt der gesellschaftliche Wandel voran, wuchs mit der Industrialisierung die Bedeutung von Handel und Gewerbe. Vor diesem Hintergrund veränderte sich auch die soziale Lage der jüdischen Minderheit. Vielen Juden gelang der Aufstieg ins Bürgertum. Gegen die rechtliche Besserstellung der Juden und ihren Eintritt in die bürgerliche Gesellschaft regte sich Widerstand.

Dass die Judenemanzipation nicht populär war, musste schon **Dohm** erfahren. Seine Schrift von 1781 stieß keineswegs überall auf Zustimmung. Sie rief auch heftige Kritik hervor. Die Emanzipationsgegner hielten nicht

nur an den überlieferten Vorurteilen fest, sondern schmückten das überlieferte Judenbild weiter aus, passten es den Zeitumständen an. So verband sich in der napoleonischen Zeit der Widerstand gegen die so genannte *Fremdherrschaft* der Franzosen mit dem Widerstand gegen die Emanzipation der Juden. In Preußen entstanden zahlreiche gesellschaftliche Vereinigungen mit deutschpatriotischer, franzosenfeindlicher und antijüdischer Tendenz, so der *Reimersche Kreis* (1808), die *Fechtbodengesellschaft* (1808), der *Deutsche Bund* (1810) und die *Christlich-Deutsche Tischgesellschaft* (1811). Der *Tischgesellschaft* gehörten namhafte Vertreter der Romantik an wie **Achim von Arnim** und **Clemens Brentano**, auch Angehörige der Führungselite wie **Carl von Clausewitz**, **Friedrich Carl von Savigny** und **Leopold von Gerlach**. Sie alle befanden sich in Opposition zur Emanzipationspolitik des preußischen Staatskanzlers **Karl August von Hardenberg**. Juden hatten zu diesen Kreisen keinen Zutritt, auch nicht zu den *Turnern*, die sich um **Friedrich Ludwig Jahn** geschart hatten, der die Jugend auf den Freiheitskampf gegen die französische *Fremdherrschaft* vorbereiten wollte. Sein Aufruf zum heiligen Kreuzzug gegen alles Fremde,

gegen *Franzosen, Junker, Pfaffen und Juden*, stieß besonders in der akademischen Jugend auf ein lebhaftes Echo und hallte bei den Burschenschaftlern sowie Turnern noch lange nach. Nichts macht dies deutlicher als der Ausschluss von Juden aus der Burschenschaft unter anderem in Gießen und die Bücherverbrennung auf dem Wartburgfest im Oktober 1817, der auch Schriften jüdischer Autoren zum Opfer fielen.

Einen ersten Höhepunkt erreichte die antijüdische Propaganda in den Freiheitskriegen. Allein in den Jahren zwischen 1813 und 1815 erschienen mehr als tausend antijüdische Traktate, Broschüren und Flugblätter, darunter von **Ernst Moritz Arndt**, dem populärsten politischen Publizisten der Freiheitskriege, einen eingefleischten Judenverächter. Die Aggressionen, die sich während der napoleonischen Herrschaft angestaut hatten, wirkten fort, als Frankreich besiegt war und in der deutschen Staatenwelt die Restauration Einzug hielt. In zahlreichen Fällen griffen die Emanzipationsgegner auf die alten antijüdischen Klischees zurück und erklärten die Juden für nicht integrierbar. Der schon erwähnte Rechtsgelehrte **Friedrich Carl von Savigny** etwa schrieb im Jahre 1817: *Die Juden sind und bleiben uns ihrem*



■ Abb. 8: Auch Friedrich Ludwig („Turnvater“) Jahn (1758-1852), der Gründer der Turnerbewegung, stand eindeutig in Opposition zur Emanzipationspolitik des preußischen Staatskanzlers Karl August v. Hardenberg.

inneren Wesen nach Fremdlinge, und dieses zu verkennen, dazu konnte uns nur die unglücklichseligste Verwirrung politischer Begriffe verleiten.

Die Auffassung von einer unüberbrückbaren Kluft zwischen Deutschtum und Judentum trieb merkwürdige Blüten hervor, als in den Jahren nach dem Wiener Kongress führende Anhänger der deutschen Nationalbewegung die *deutsche Frage* mit der *Judenfrage* in Verbindung brachte. Gemeint sind die so genannten *Germanen-Christen* und die so genannten *Deutsch- und Volkstümmler*. Beide verstanden sich als Vorkämpfer eines politisch geeinten und völkisch homogenen deutschen Reiches, in dem Juden nur unter bestimmten Voraussetzungen geduldet werden sollten. Die *Germanen-Christen* vertraten den Standpunkt, dass der Volkscharakter maßgeblich von der Religion bestimmt wird. **Friedrich Rühs**, Professor für Geschichte an der Berliner Universität, zog aus dieser Überzeugung den Schluss, dass Juden allein ihres Glaubens wegen keine loyalen Bürger eines deutschen Nationalstaates sein könnten. Denn in der deutschen Nation sind, wie **Rühs** und andere meinten, germanische und christliche Elemente zu einem organischen Ganzen zusammengewach-

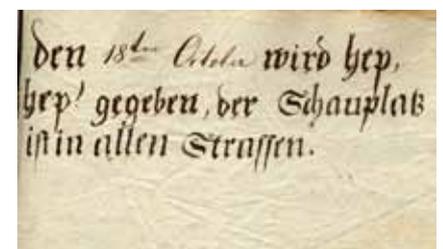
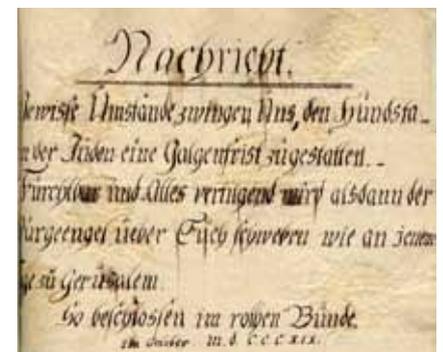
sen. Nur Christen könnten ihr angehören. Die Juden, ein Fremdkörper, müssten, so der Berliner Historiker, auf dem Wege der Milde zum Christentum und damit zum Deutschtum geführt werden.

Im Unterschied zu den *Germanen-Christen* sahen die *Deutsch- und Volkstümmler* nicht die christliche Religion, sondern das germanische Volk als das konstitutive Element der deutschen Nation an. Entsprechend traten an die Stelle von religiösen Gesichtspunkten ethnische Kategorien in den Vordergrund. Dadurch verschärfte sich der Gegensatz, nahmen die antijüdischen Tiraden noch schrillere Töne an. Selbst ein so angesehener Gelehrter wie der Heidelberger Philosophieprofessor und Kantschüler **Jakob Fries** scheute vor extremen Äußerungen nicht zurück. Die Juden sind, hieß es, *eine international verflochtene Gemeinschaft prellsüchtiger Trödler und Händler, eine Pest und Völkerkrankheit, die es mit Stumpf und Stiel auszurotten gilt.*

Ähnlich aggressiv meldeten sich Hunderte von Judengegnern zu Wort. Alles in allem erschienen in der Zeit zwischen dem Wiener Kongress und der Achtundvierziger Revolution etwa 2.500 antisemitisch eingefärbte Veröffentlichungen zur *Judenfrage*: Bücher und Broschüren, Flugschriften und Zeitungsartikel. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass die Anschuldigungen gehässiger wurden. Dafür ist die Sprache ein guter Indikator. Es lässt sich genau verfolgen, wie die Häufung von Tier- und Pflanzensowie Krankheits- und Seuchen-

metaphern zur Charakterisierung von Juden zunahm. Auch erhielten Vertreibungs- und Vernichtungsvorstellungen breiten Raum, tauchte vermehrt die Forderung nach Gettoisierung und kollektiver Ausweisung auf. Zumindest sollten, wenn sich die Juden nicht vertreiben ließen, die alten Judenordnungen erhalten bleiben oder wieder eingeführt werden: Aufenthaltsbeschränkungen, Heiratsverbote, Einschränkung der Erwerbstätigkeit etc. pp.

Die emanzipationskritischen und judenfeindlichen Schriften blieben nicht ohne Wirkung. Sie gaben den in der Bevölkerung ohnehin tief sitzenden antijüdischen Ressentiments immer wieder Nahrung, so dass sich in den Jahren zwischen 1815 und 1850 die Ausschreitungen gegen Juden häuften. Meistens blieben sie lokal begrenzt. Größere Ausmaße erreichten sie jedoch erstens in den Krisenjahren um 1820, zweitens im Zusammenhang mit



■ Abb. 9: Ausschnitt aus dem Flugblatt zu den „Hep-Hep-Unruhen“ an der Universität Marburg am 18. Oktober 1819. HStAM Bestand 24a, 28.

Quelle: Digitales Archiv Marburg (DigAM), URL des Dokuments bei DigAM: <http://www.digam.net/?dok=9335>



■ Abb. 10: Staatskanzlers Karl August v. Hardenberg (1750-1822) hatte für das preußische Judenedikt von 1812 König Friedrich Wilhelm III. einen progressiven Entwurf vorgelegt, den dieser jedoch veränderte.

sen beschränkten sich die antijüdischen Umtriebe auf die Residenzstadt Darmstadt.

2. Eine weitere Welle von Gewalt brandete im Zuge des Revolutionsgeschehens von 1830 über das Land, nicht zuletzt in Kurhessen und Hessen-Darmstadt. Hier waren die Unruhen zwar zumeist lokal begrenzt, richteten aber erhebliche Schäden an. In Kassel, Melsungen und Eschwege kam es zu Tötlichkeiten gegen jüdische Geschäftsleute. In Hanau tobte sich die Menge vor den Häusern in der Judengasse aus, sie randalierte in Gelnhausen und Langenselbold, in Salmünster und Steinau, in Viernheim und zahlreichen Orten Niederhessens

der Revolution von 1830 und drittens bei Ausbruch der Revolution von 1848.

1. Am Abend des 2. August 1819 brachen in Würzburg antijüdische Tumulte aus. Die Randalierer zogen mit dem Spott- und Hetzruf *Hep-Hep* durch die Stadt, eilten von einer jüdischen Wohnung zur anderen, zertrümmerten Fenster und Türen, zerstörten Waren und Hausgeräte, drangsalierten die Bewohner. Die Würzburger Ereignisse lösten eine Welle von Gewalt aus, die an die Judenpogrome des Mittelalters erinnert. Die Aggressionen richteten sich vor allem gegen Juden in jenen Städten, die früher in ihren Mauern keine Juden geduldet hatten, sie aber wegen der Emanzipationsgesetze aufnehmen mussten.

Doch griffen die Verfolgungen auch auf das Land über, besonders auf die damals von der Landwirtschaftskrise betroffenen Regionen. Hier richtete sich die Gewalt hauptsächlich gegen die jüdischen Händler und Geldverleiher. Es kam auch in Hessen zu gewalt-

tätigen Ausschreitungen. In Frankfurt vertrieben Randalierer die Juden von den öffentlichen Straßen und zertrümmerten die Fenster ihrer Häuser. Ähnliches geschah in Fulda, wo Militäreinheiten gegen die Unruhestifter eingesetzt wurden. Krawalle gab es sodann in Kassel und weiteren Orten Kurhessens. Im Großherzogtum Hes-



■ Abb. 11: Innenraum der Synagoge am Michelsberg in Wiesbaden, eingeweiht 1869.

Quelle: Sammlung Paul Arnsberg/Jüdisches Museum Frankfurt

wie Gudensberg und Felsberg, Wolfhagen und Sontra.

3. Die schlimmsten Tumulte der gesamten Emanzipationsepoche ereigneten sich bei Ausbruch der Revolution von 1848. Sie übertrafen an Ausmaß und Heftigkeit die Hep-Hep-Krawalle von 1819 wie auch die Unruhen von 1830/1832. An mehr als 180 Orten zerstörten und plünderten aufgebrauchte Menschenmengen jüdische Häuser, Geschäfte und Warenlager. Die Krawalle auf dem Lande erstreckten sich vom französischen Elsass bis ins Habsburgische Böhmen und Mähren. Ein Schwerpunkt lag im Großherzogtum Baden. Hier löste die Nachricht, dass die Juden das Gemeindebürgerrecht erhalten sollten, die Unruhen aus.

Wie in Baden ereigneten sich im Großherzogtum Hessen Gewaltexzesse, vor allem im Odenwald, vereinzelt auch in Oberhessen, zum Beispiel in Alsfeld und Gießen. In den ersten Wochen der Revolution schlugen die Wellen am höchsten und ebten dann zumeist wieder ab. In Langsdorf und Steinbach/Wetterau allerdings, den



■ Abb. 12: Die Synagoge in Groß-Gerau. Foto: um 1900

Quelle: Sammlung Paul Arnsberg/Jüdisches Museum Frankfurt

späteren Zentren der oberhessischen Antisemitenbewegung, setzten sich die Gewalttaten bis in die 1850er Jahre fort.

Nach der Revolution von 1848/49 und in den folgenden beiden Jahrzehnten bis zur Reichsgründung von 1870/71 ereigneten sich keine größeren Unruhen mehr. Mit der rasch voranschreitenden Industrialisierung und der anhaltenden wirtschaftlichen

Prosperität gewannen die liberalen Kräfte gegenüber den konservativen Anhängern des *Ancien Regimes* die Oberhand. Sie brachten die jahrzehntelang so heftig umstrittene Judenemanzipation ohne großen Widerstand zum Abschluss.

Doch bildete sich der Antisemitismus, der in dieser Zeit auf der *politischen Bühne* kaum noch Bedeutung besaß, in großen Teilen der Bevölkerung keineswegs zurück. Vielmehr blieben die Menschen den antijüdischen Einstellungen verhaftet, die sie gleichsam mit der Muttermilch aufgesogenen hatten. Das kam in der zeitgenössischen Literatur eindrucksvoll zum Ausdruck. Das gilt zum Beispiel für die Romane und Erzählungen des aus Gießen stammenden Pfarrers **Rudolf Oeser**, der 1859 unter dem Pseudonym **O. Glaubrecht** den Roman *Das Volk und seine Treiber* veröffentlichte. Er schildert anschaulich, wie im einfachen Landvolk die alten Klischees vom Wucherjuden und Judenschacher so lebendig waren wie eh und je. Dasselbe gilt für andere Erfolgsromane wie **Gustav Freytags** *Soll und Haben* (1855) und **Wilhelm Raabes** *Der Hungerpastor* (1864). Sie alle spiegeln nicht nur die in der Gesellschaft fortlebenden antijüdischen Vorurteile wider, sondern bündeln und verstärken sie, unabhängig davon, was die Autoren selber zur *Judenfrage* dachten.

Ähnliche Wirkungen wie von der Literatur gingen von den Kirchen aus. Theologie und Liturgie, Predigten und Katechismen hielten ständig den christlichen Antijudaismus lebendig und konservierten das antijüdische

DER AUTOR

Helmut Berding, Jahrgang 1930, Studium in Göttingen und Köln. 1966 Promotion, 1972 Habilitation für Mittlere und Neuere Geschichte in Köln. Von 1972 bis zu seiner Emeritierung 1998 Professor für Neuere Geschichte an der Justus-Liebig-Universität Gießen. 1985/86 Directeur d'Études an der Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales in Paris. Buchveröffentlichungen u.a. *Rationalismus und Mythos* (1969), *Napoleonische Herrschafts- und Gesellschaftspolitik* (1973), *Moderner Antisemitismus* (1988), *Aufklären durch Geschichte* (1990), *Die Entstehung der Hessischen Verfassung. Eine Dokumentation* (1996), (gemeinsam mit Hans-Werner Hahn) *Reformen, Restauration und Revolution 1806-1848/49* (Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte Bd. 14) (2010), Mitherausgeber der «Kritischen Studien zur Geschichtswissenschaft».

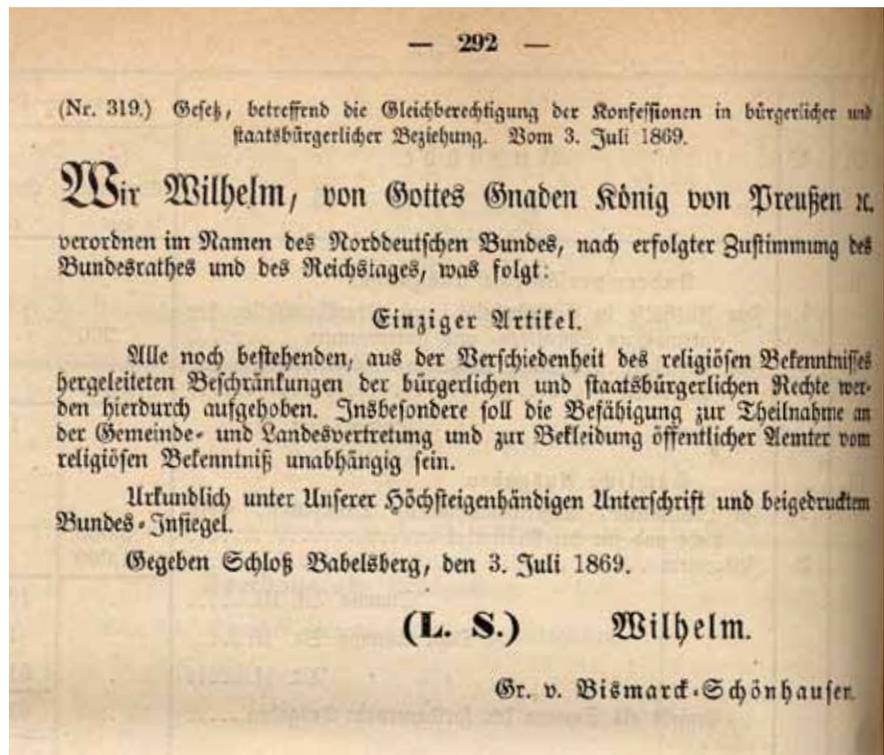


Potenzial, das jahrelang inaktiv bleiben, in kritischen Zeiten aber auch mobilisiert werden konnte. Genau das geschah, als wenige Jahre nach der Reichsgründung in Deutschland die bürgerlich-liberale Gesellschaft in eine schwere Krise geriet und der Antisemitismus wieder offen in Erscheinung trat.

Der moderne Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich

Wenige Jahre nach der Reichsgründung veränderte sich in Deutschland das politische und geistige Klima nachhaltig. Der Börsenkrach von 1873 löste eine Depression aus, die nicht nur die Wirtschaft – Banken, Handel und Gewerbe – in Bedrängnis brachte, sondern auch das Vertrauen in die Bismarck-Regierung erschütterte. Dazu trugen auch die Konflikte zwischen dem Staat und der katholischen Kirche bei. In der politischen Publizistik mehrten sich die Stimmen, die den Liberalismus für die wirtschaftliche Misere und auch für die Auseinandersetzung mit der Kirche, für den Kulturkampf, verantwortlich machten. Mit den Liberalen gerieten die Juden ins Visier. Drei Beispiele sollen dies verdeutlichen.

1. 1871 erschien die Schrift des katholischen Theologen **August Rohling**: *Der Talmudjude*. Sie gab den Anstoß für die erste Welle des politischen Antisemitismus im kaiserlichen Deutschland. **Rohling** knüpfte an die in manchen katholischen Regionen noch lebendigen Vorurteile von den verstockten Juden und Christumördern an. Das Pamphlet, das wie ein Relikt aus dem Mittelalter anmutet, erhielt ungeahnte Aktualität, als die katholische Kirche und der politische Katholizismus es im Kulturkampf einsetzten, als der Bonifatiusverein 38.000 Exemplare des *Talmudjuden* verteilte. Die Kirche und die katholischen Parteien rückten den für den



Kulturkampf verantwortlich gemachten Liberalismus in die Nähe des Judentums. Sie erweckten den Eindruck, als ob sich hinter dem Liberalismus der Antichrist verberge, der ins Gewand des Fortschritts geschlüpft war und die Kirche in einen Verteidigungskampf auf Leben und Tod verwickelte.

2. Wenig später, 1875, veröffentlichte die *Kreuzzeitung*, das Organ der preußischen Ultrakonservativen, die *Ära-Artikel*. Dieses protestantische Gegenstück zum katholischen *Talmudjuden* nahm alles aufs Korn, was den protestantischen Orthodoxen und den preußischen Ultrakonservativen bedrohlich erschien, nämlich Kulturkampf und Entchristlichung, Sittenverfall und Materialismus. Auch bei diesem Rundumschlag musste der Liberalismus als Sündenbock herhalten. Der Hinweis auf die *von und für Juden betriebene Politik und Gesetzgebung* im Bismarck-Reich lenkte den Verdacht auf die Juden, die heimlichen Drahtzieher des Liberalismus.

3. Ebenfalls Mitte der 1870er Jahre erschienen in einer Artikelserie der

■ Abb. 13: Gesetz des Norddeutschen Bundes betreffend die Gleichberechtigung der Konfessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Beziehung vom 3. Juli 1869. BGBl. 1869, S. 292.

Quelle: Digitales Archiv Marburg (DigAM), URL des Dokuments bei DigAM: <http://www.digam.net/?dok=8541>

illustrierten Zeitschrift *Die Gartenlaube* die antisemitischen Attacken des Journalisten und Schriftstellers **Otto Glagau**. Auch er brachte den Liberalismus mit dem Judentum in Verbindung. Hauptadressat der Zeitschrift war der gewerbliche Mittelstand, der von der Wirtschaftskrise besonders hart betroffen und daher in seinen liberalen Überzeugungen wankend geworden war. Um die kleinen Handwerker und Ladenbesitzer zur Abkehr vom Liberalismus zu bewegen, griff **Glagau** auf die in diesen Gesellschaftsschichten verbreiteten antijüdischen Vorurteile und Resen-



■ Abb. 14: Auch die illustrierte Zeitschrift „Die Gartenlaube“ veröffentlichte antisemitische Attacken des Journalisten und Schriftstellers Otto Glagau.

festhalten wollen, müssen wir den giftigen Tropfen der Juden aus unserem Blut loswerden.

Mit dem großen Zulauf, den **Stoecker** vor allem in Preußen, auch in der preußischen Provinz Hessen-Nassau erhielt, breitete sich der Antisemitismus überall im Reich aus, nirgendwo so stark wie im Raum Kassel und in Oberhessen. Hier war es vor allem der Bibliothekar **Otto Böckel** in Marburg, der mit neuem organisatorischem Elan voranging. Er war neben dem Berliner Hofprediger der erfolgreichste antisemitische Agitator seiner Zeit. Wie andere hessische Antisemiten war er davon überzeugt, dass der Kampf gegen die Juden über die Parlamente geführt werden müsse. Konsequenterweise strebte er ein Mandat im Reichstag an, nahm im Herbst 1883 erste Kontakte zu den führenden nordhessischen Antisemiten **Ludwig Werner** und **Alexander Pinkert** auf und schloss sich der antisemitischen *Deutschen Reformpartei* an. Des Weiteren setzte er sich mit dem von **Ernst Henrici** in Berlin gegründeten *Antisemitenbund* in Verbindung. Auch auf dem im Juni 1886 in Kassel veranstalteten *Antisemitentag* war **Böckel** dabei. Seither war er Teil eines eng geknüpften Netzwerkes von fanatischen Judenhassern und spielte

timents zurück und heizte mit der verschwörungstheoretischen These von den Juden als den dunklen Hintermännern des Liberalismus die Stimmung an.

Alle drei Schriften trugen zur Verstärkung judenfeindlicher Einstellungen und zum Verfall der politischen Kultur bei. Sie bereiteten den Boden für die politische Instrumentalisierung des Antisemitismus. Als erster überführte der Berliner Hofprediger und konservative Politiker **Adolf Stoecker** den Antisemitismus aus dem literarischen Gebiet in die Volksversammlungen und damit in die politische Praxis. Anfangs wollte er die Arbeiterschaft in Berlin bewegen, sich von der Sozialdemokratie zu lösen. Als dies misslang, richtete er seinen Appell an das untere und mittlere Bürgertum, stieß hier auf Resonanz und gründete die *Christlich-Soziale Partei*. Da der Hofprediger in den Wahlversammlungen mit seinen judenfeindlichen Parolen auf Resonanz stieß, stellte er den Antisemitismus in

den Mittelpunkt seiner Agitation und schreckte auch vor üblen rassenantisemitischen Sprüchen nicht zurück: *Das jüdische Trachten nach Gold und Geld, diese Gier nach Gewinn und Genuss, dieses jüdische Wesen ist ein Gifftropfen in dem Herzen unseres deutschen Volkes. Wenn wir gesunden wollen, wenn wir unsere deutsche Volkstümlichkeit*



■ Abb. 15: „Kehraus. Antisemitischer Volkskalender für das Jahr 1895“, Verlag Reichs-Herold, Berlin. HStAM Bestand 340 Böckel, 18.

Quelle: Digitales Archiv Marburg (DigAM), URL des Dokuments bei DigAM: <http://www.digam.net/?dok=8827>

■ Abb. 16: Kantor Sally Katz in der Synagoge Babenhausen.
Foto: um 1932

Quelle: Sammlung Monica Kingreen/
www.vor-dem-holocaust.de



hier bald eine aktive Rolle, etwa in der in Kassel gegründeten *Deutschen Antisemitischen Vereinigung*.

Doch eröffnete ihm dieser nur lockere Zusammenschluss von antisemitischen Gruppen, Vereinen und Zirkeln nicht die gewünschte Perspektive für die bevorstehenden Reichstagswahlen. So gründete **Otto Böckel** in Marburg einen eigenen *Reform-Verein*, für den er im Wahlkreis Marburg-Kirchhain kandidierte und im Februar 1887 in den Reichstag gewählt wurde.

Das war ein spektakulärer Erfolg. Dem 29-jährigen Bibliothekar, einem krassen Außenseiter, war es gelungen, gleichsam aus dem Nichts heraus, an der Spitze einer neu gegründeten Par-

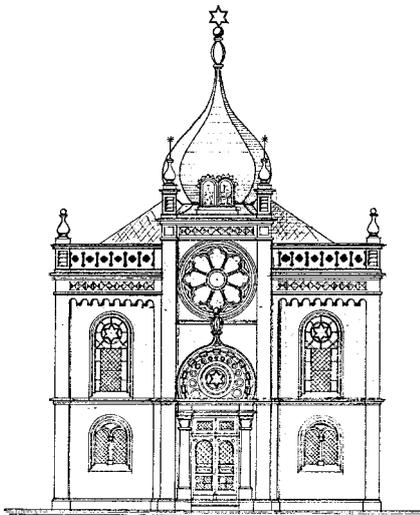
tei im Wahlkampf die Massen zu mobilisieren und alle Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen. Kernpunkt seiner Agitation war *die Ausbeutung der Bauern durch das mobile Kapital und den Zwischenhandel der Juden*.

Kaum im Reichstag, distanzierte sich Böckel öffentlich von der *Deutschen Antisemitischen Vereinigung*, der er bis vor kurzem selbst angehört hatte. Nun warf er dieser Vereinigung eine zu große Nähe zur konservativ ausgerichteten *Christlich-Sozialen Partei* **Adolf Stoeckers** vor. Nachdem der Trennungsstrich zur konservativen Partei und den ihr mehr oder weniger nahestehenden antisemitischen Verbänden gezogen war, kehrte **Böckel** seinen Radikalismus heraus und sagte auf typisch fundamentalistische Weise allen den Kampf an: den Juden, den Konservativen, dem Establishment. Der **Hessische Bauernkönig**, wie ihn seine begeisterten Anhänger in Oberhessen bald nannten, entfaltete ungeheure Aktivitäten. Er hielt in den kleinen Dörfern und Städten fast täglich Versammlungen ab, sprach die Nöte



■ Abb. 17: Die Synagoge in Marburg.
Foto: um 1900

Quelle: Sammlung Paul Arnsberg/Jüdisches
Museum Frankfurt



■ Abb. 18: Zeichnung der Fassade der (orthodoxen) Synagoge in der Gießener Steinstraße (siehe Abb. 1).

Quelle: Stadtarchiv Gießen

der Landleute an, sagte Hilfe zu. Den Ankündigungen folgten Taten. **Böckel** gründete den *Mitteldeutschen Handwerkerverein* und den *Mitteldeutschen Bauernverein*, stellte Beziehungen her zwischen diesen Interessenverbänden und der von ihm angeführten *Antisemitischen Volkspartei*.

Diese Vereine und die Partei bildeten das organisatorische Rückgrat

einer breiten Antisemitenbewegung, die mittelständische, agrarromantische und sozialreformerische Elemente in sich vereinigte. Dieser Bewegung schlossen sich, besonders im Raum Marburg/Friedberg/Büdingen/Lauterbach weite Teile der dörflichen und kleinstädtischen Bevölkerung an. Aus der Sicht **Böckels** war die *Antisemitische Volkspartei keine Partei der Sonderinteressen, sondern eine Partei aus dem Volk für das Volk*. In dieser Formulierung kommt das Volkstumsverständnis des Bibliothekars zum Ausdruck. Er hatte sich schon als Student in Gießen und Marburg intensiv mit der Volkslieder- und Brauchtumsforschung befasst und ihr eine Anzahl von Veröffentlichungen gewidmet. Das romantisch verklärte Bild von der Vergangenheit, das er bei seinen historischen Betrachtungen entworfen hatte, übertrug sich auf die Wahrnehmung der zeitgenössischen Volkskultur. Nichts belegt dies so eindrucksvoll wie die Lektüre der schwärmerischen Berichte über seine winterlichen Streifzüge durch das *Gleiberger Land*, wo ihn das abendliche Treiben in den Spinnstuben, der Gesang und der Tanz der in Trachten gekleideten Dorfbewohner, zur Begeisterung hinriss.

Aus dieser Sicht einer idealisierten dörflichen Lebenswelt stellte sich alles, was von außen in sie eindrang, als Bedrohung dar. Die tief in der Tradition verwurzelte Volkskultur erschien gefährdet von den Mächten des Fortschritts, von Eisenbahnverkehr und Industrialisierung, von Adel und Klerus, von *volksfremden* Mächten. Hinter polemischen Aussprüchen wie *Juden, Junker und Pfaffen gehören in einen Topf* verbarg sich eine fundamentalistische Ideologie, der **Böckel** nicht nur selber anhing, sondern die er auch in der Bevölkerung zu verbreiten suchte: mündlich auf den vielen Versammlungen, und schriftlich in dem von ihm herausgegebenen *Reichsherold*. Diese nicht nur in der Region viel gelesene völkische Zeitschrift zeigt die Stoßrichtung der antisemitischen, antielitären, antikonservativen und antiklerikalen Agitation des Marburger Demagogen an. Mit den geradezu revolutionär anmutenden Attacken gegen *Juden, Junker und Pfaffen* verbanden sich Forderungen nach weitreichenden Hilfsmaßnahmen zugunsten der ausgebeuteten Leute auf dem Lande wie die Gründung von Einkaufs- und Absatzgenossenschaften, von Spar- und Darlehnskassen. **Böckel**, der selber an der Entstehung dieser Einrichtungen mitwirkte, verstand sie als Selbsthilfeaktionen des Volkes gegen den jüdischen Wucher. Darunter begriff er auch die von ihm initiierten judenfreien Märkte.

Die Böckel-Bewegung erreichte, als sie 1893 mit sieben Abgeordneten in



■ Abb. 19: Rabbiner Dr. Leo Hirschfeld mit seiner Familie: Er übernahm im Jahr 1895 die orthodoxe israelitische Religionsgemeinschaft in Gießen. Foto: um 1922

Quelle: Abraham David/
www.vor-dem-holocaust.de



■ Abb. 20: Houston Stewart Chamberlain (links), der Schwiegersohn von Richard Wagner, verfasste mit seinem Buch „Die Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts“ ein Standardwerk des rassistischen und ideologischen Antisemitismus, das Kaiser Wilhelm II. (rechts) zur Pflichtlektüre an preußischen Lehrerseminaren erklärte.

Quelle (Chamberlain): Bundesarchiv, Bild 119-1600-06 / CC-BY-SA

den Reichstag einzog, ihren Höhepunkt. Am raschen Niedergang, der nun einsetzte, wirkten viele Faktoren mit. Da war zum einen der aufkommende Widerstand von außen. So traten, von den spektakulären Wahlsiegen der radikalen Antisemiten aufgeschreckt, Staat und Kirche auf den Plan. Die Regierungen in Darmstadt und Kassel ließen die **Böckel**-Bewegung behördlich überwachen; sie wiesen die Landräte, Ortspfarrer sowie Bürgermeister an, der antisemitischen Agitation entgegenzuwirken, nicht nur durch Ermahnungen und Verbote, sondern auch durch die Unterstützung von Raiffeisengenossenschaften. Sie sollten den von **Böckel** gegründeten Einkaufs- und Absatzgenossenschaften das Wasser abgraben. Neben Staat und Kirche gingen die konservativen politischen Parteien verstärkt gegen die aufrührerischen antisemitischen Parteien vor. Sie gewannen Einfluss in den Handwerker- und Bauernverbänden. Auch von linksliberaler Seite regte sich Widerstand. Der in Marburg sehr aktive *Verein zur Abwehr des Antisemitismus*, der durch die Agitation der Antisemiten die Rechtsgleichheit und Rechtsstaatlichkeit bedroht sah, nahm den Kampf auf.

Neben diesen Aktivitäten von außen trugen, zum anderen, die eigenen Schwächen und inneren Widersprü-

che der antisemitischen Bewegung zu ihrem Niedergang bei. **Böckel** selbst büßte seine Glaubwürdigkeit ein. Es ließ sich nicht verheimlichen, dass er, wie alle anderen antisemitischen Abgeordneten, im Reichstag vollständig versagte. Außerdem war der rhetorisch begabte Versammlungsredner ein schlechter Politiker und Organisator. Er sätete durch seinen autoritär-ruppigen Umgang mit Parteimitgliedern im eigenen Lager Zwietracht, verstrickte sich in Beleidigungs- und Alimentenprozesse, geriet in finanzielle Schwierigkeiten. Allein mit doktrinärem Rassenantisemitismus und Agarrromantik ließen sich die hessischen Bauern auf Dauer nicht gewinnen. Sie liefen ihrem einstigen Idol in Scharen davon, verdrängten ihn im September 1894 sowohl aus der Leitung des *Mitteldeutschen Bauernvereins* als auch aus der *Deutschen Reformpartei*, der Nachfolgeorganisation der *Antisemitischen Volkspartei*.

Böckel gründete zwar gemeinsam mit dem Radauantisemiten **Hermann Ahlwardt** und dem Rassenfanatiker **Eugen Dühring** eine neue Partei, die gegen das *aussaugende und schmarotzende Kapital* wettete, aber bald wieder auseinander fiel, genauso wie die zahlreichen anderen Zusammenschlüsse. Ständiges Fusionieren und Spalten war durchaus typisch für den

politischen Antisemitismus, besonders wenn er sich radikal gebärdete. **Böckel** behielt bis 1903 einen Sitz im Reichstag, verlor jedoch jeden Einfluss.

Mit seinem Abgang von der politischen Bühne hatte der Parteien-Antisemitismus seinen Höhepunkt überschritten, verschwand aber nicht ganz von der Bildfläche. Im Großherzogtum Hessen trat **Ferdinand Werner** auf den Plan. Der 1876 in Weidenhausen, Kreis Biedenkopf geborene **Werner**, der in Gießen aufwuchs, ist bekannt durch seine unrühmliche Karriere im *Dritten Reich*. 1933 wurde er zum ersten nationalsozialistischen Staatspräsidenten in Hessen-Darmstadt ernannt. Zu diesem Zeitpunkt hatte er sich bereits vielfach als Judenhasser hervorgetan, zuerst in der Wilhelminischen Zeit. Er wurde 1909 zum Vorsitzenden der *Deutschsozialen Partei* in Hessen und 1911 für den Wahlkreis Gießen in den Reichstag gewählt und konnte dieses Mandat bis 1912 verteidigen. Aber großen Einfluss wie zuvor **Böckel** erreichten **Werner** und seine Gesinnungsgenossen nicht mehr. Am Vorabend des Ersten Weltkriegs spielte der Antisemitismus in den Parlamenten nur noch eine Nebenrolle.

Anders als in den politischen Parteien ging der Antisemitismus in den gesellschaftlichen Organisationen nicht zurück. Im Gegenteil, er



■ Abb. 21: Die Synagoge in Seligenstadt. Foto: um 1920

Quelle: Sammlung Paul Arnsberg/Jüdisches Museum Frankfurt

und völkischen Vorstellungen ausgebrütet hatte. Danach stellt sich die gesamte abendländische Geschichte als ein gigantisches Ringen der arischen Rasse gegen ihre Feinde dar, als ein verborgener Schicksalskampf zwischen Germanentum und Judentum, als ein Kampf, der noch die Gegenwart beherrscht. Mit dieser manichäischen Weltanschauung stieg die *Judenfrage* zum Welterklärungsprinzip auf und begründete einen neuartigen Erlösungsantisemitismus.

Mit diesem Hinweis gelangen die Überlegungen zum Thema ‚Judenemanzipation und Antisemitismus‘ an ihr Ende. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass der moderne Antisemitismus des Kaiserreichs für die Geschichte der Judenfeindschaft in Deutschland einen hohen Stellenwert besitzt. Einerseits waren wesentliche Züge der Judenfeindschaft längst vorher ausgebildet. Insofern setzte der moderne Antisemitismus des Kaiserreichs fort, was bereits vorhanden war. Andererseits kamen wichtige neue Elemente hinzu. Zu den qualitativen Veränderungen zählte zunächst die zum ersten Male von **Adolf Stöcker** erfolgreich praktizierte Überführung der Judenfeindschaft in die Parteien und seine politische Instrumentalisierung. Sodann veränderte die Gründung von fundamentalistischen Antisemitenparteien, allen voran die Organisationen des hessischen Bauernkönigs **Otto Böckel**, die deutsche Parteienlandschaft. Ferner eröffnete das Eindringen der Judenfeindschaft in die gesellschaftlichen Organisationen dem Antisemitismus ein neues Wirkungsfeld. Schließlich führte die Verschmelzung von rassien-

breitete sich signifikant aus: sehr stark in den Berufsverbänden des gewerblichen Mittelstandes und der kaufmännischen Angestellten, in den nationalen Organisationen wie dem Alldeutschen Verband, in der Studentenschaft, die maßgeblich an der *Antisemitenpetition* von 1880/81 beteiligt war und meistens Juden die Mitgliedschaft in ihren Organisationen nicht gestattete. Doch abgesehen von seiner Ausbreitung in den Verbänden legte sich der Antisemitismus wie ein Schleier über weite Teile des national gesinnten und akademisch gebildeten Bürgertums. Hier übten antisemitisch geprägte Kulturphi-

losophen wie **Paul de Lagarde** und **Houston Stewart Chamberlain** einen großen Einfluss aus. So avancierten **Chamberlains** *Die Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts* zum Standardwerk des rassistischen und ideologischen Antisemitismus in Deutschland. Kein Geringerer als **Kaiser Wilhelm II.** ordnete an, dass dieses Buch an preußischen Lehrerseminaren zur Pflichtlektüre erklärt wurde. Auf diese Weise saugte eine ganze Generation von künftigen Lehrern und Erziehern die Weltanschauung in sich auf, die **Chamberlain**, der Schwiegersohn **Richard Wagners**, aus einer Mischung von rassistischen

theoretischen und volkstumsideologischen Ideen zur Herausbildung einer manichäischen Weltanschauung, die das Weltjudentum zum Hauptfeind des Deutschen- und Germanentums abstempelte.

Mit der Politisierung, Organisierung und Ideologisierung sind die wichtigsten Veränderungen benannt, die den traditionellen Judenhass in den modernen Antisemitismus verwandelten. Es muss betont werden, dass dieser moderne Antisemitismus des Kaiserreichs im Unterschied zur Judenfeindschaft zurückliegender Epochen in einem historisch völlig veränderten Bezugsrahmen agierte. Während der überlieferte Antijudaismus der voremanzipatorischen Zeit dazu gedient hatte, die Diskriminierung der Juden am Rande der christlichen Ständegesellschaft zu rechtfertigen, war es das Ziel des frühen Antisemitismus der Emanzipationsepoche, die rechtliche Gleichstellung der Juden und ihre gesellschaftliche Integration in die entstehende bürgerliche Gesellschaft zu verhin-

dern. Demgegenüber ging es dem modernen politischen Antisemitismus darum, die rechtlich gleichgestellten, wirtschaftlich und sozial integrierten sowie kulturell assimilierten deutschen Juden erneut zu diskriminieren und auszugrenzen, das heißt, die Ergebnisse eines hundertjährigen Emanzipationsprozesses rückgängig zu machen. Im Kaiserreich ist dies nicht gelungen. Insofern kann vom Scheitern des modernen Antisemitismus gesprochen werden. Doch hat der moderne Antisemitismus mit seinen neuen Erscheinungsformen in der Mentalität und im Bewusstsein der Zeitgenossen tiefe Spuren hinterlassen. Er hat den Boden bereitet für die unfassbaren Judenmorde des 20. Jahrhunderts.

**Im Rahmen einer Vortragsreihe der Arbeitsgruppe „Spurensuche“ in Hungen über das Jüdische Leben in Deutschland und Hessen hielt der Historiker Prof. Dr. Helmut Berding im November 2011 diesen Vortrag im Schloss Hungen.*

Dank

Für die großzügige und unbürokratische Unterstützung und Bereitstellung zahlreicher Fotos und Abbildungen, die in diesem Artikel veröffentlicht sind, bedankt sich die Redaktion herzlich bei

- *Monica Kingreen, Pädagogisches Zentrum FFM, Fritz Bauer Institut & Jüdisches Museum in Frankfurt am Main,*
- *Prof. Dr. Reinhard Neebe, Digitales Archiv Marburg – DigAM,*
- *Dr. Ludwig Brake, Stadtarchiv Gießen und*
- *allen Besitzern von Bildern und Bildrechten.*

KONTAKT

Prof. Dr. Helmut Berding

Auf der Heide 5

35435 Wettenberg

Telefon: 06406 73734

Helmut.Berding@geschichte.uni-giessen.de